

Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, BDP/CVP (Oliver Berger, FDP/Tom Berger, JF/Michael Daphinoff, CVP): Transparenz bei Publibike

Ausgangslage

1. Die Publibike AG hat in mehreren Agglomerationen (Zürich, Bern, Lausanne usw.) den Zuschlag erhalten, weil die Infrastruktur in den betroffenen Gemeinden kostenlos angeboten wird. Orte mit weniger Einwohnerinnen und Einwohnern wie Sitten, Nyon, Yverdon-les-Bains oder Lugano müssen jedoch dafür bezahlen.
2. Allein im Jahr 2017 resultierte bei Publibike ein Defizit von 5 Millionen Franken, wie ein Bericht der eidgenössischen Finanzkontrolle unlängst offengelegt hat. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.
3. Die Publibike AG ist zu 100 Prozent eine Tochtergesellschaft der Postauto AG.
4. Am 17. Juni 2018 teilte «Le Temps» mit, dass die Publibike AG nach Auskunft der Post mit der Schweizerischen Post AG einen Kreditvertrag habe. Die Finanzierung erfolge zu marktüblichen Konditionen.
5. Seit 2018 ist Publibike in Bern in Betrieb.
6. Im August 2018 sah sich die Publibike AG gezwungen, alle Velos zur Selbstaussleihe in Zürich und Bern zurückzunehmen, da die Diebstahlsicherung defekt war und umgerüstet werden musste.
7. Die städtischen Angestellten, Stadträt/-innen, Bundesparlamentarier, Neuzuzüger/-innen und andere geniessen Sonderkonditionen (Gratis-Abos oder vergünstigte Abos).
8. Die Stadt stellt öffentlichen Grund zur Verfügung für die Abstellflächen und stellt städtisches Personal zur Verfügung zur Einsammlung der Velos und zum Unterhalt der Velos.
9. Der Stadtrat hat für die Nutzung des VVS durch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung über die fünf Jahre 2018 bis 2022 ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 783 766.30 beschlossen. Zudem hat er ein Nachkredit zugunsten des Globalbudgets 2018 von Logistik Bern in der Höhe von Fr. 209 991.40 beschlossen, um die im Jahr 2018 anfallenden Kosten für die Bereitstellung der verwaltungsspezifischen VVS-Standorte, für Anpassungen und den Betriebsaufwand im Jahr 2018 zu decken.

Es ist klar, dass Publibike massiv von der öffentlichen Hand finanziert wird und im Vergleich zu anderen (vollständig privaten) Marktteilnehmern bevorteilt wird.

Nicht klar ist dagegen, in welchem Mass diese (finanzielle) Unterstützung durch die öffentliche Hand, insbesondere auch durch die Stadt Bern, ausfällt. Den Unterzeichnenden ist an Kostentransparenz gelegen. Dass Publibike trotz massiver Unterstützung durch die Stadt Bern offensichtlich nicht im Stande ist, einen rentablen Betrieb sicher zu stellen und bereits nach kurzer Laufzeit in Aussicht stellt, auf zusätzliche Gelder des Staates oder von Staatsbetrieben angewiesen zu sein, wirft weitere Fragen auf.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bitten wir den Gemeinderat der Stadt Bern um die Beantwortung der folgenden Fragen.

Fragen

1. Wie hoch ist der aktuelle Betrag der direkten Förderung für Publibike in der Stadt Bern?
2. Wie hoch ist der Betrag der indirekten Förderung für Publibike? Namentlich,
 - a. Vergünstigungen für städtische Angestellte?
 - b. Vergünstigungen für Parlamentarier?
 - c. Vergünstigungen für Neuzuzüger?
3. Wie hoch ist der Personalaufwand für Publibike im Zusammenhang mit der Velooffensive? (Einsammeln Velos und Neuverteilung auf Standorte etc.)

4. Wie viel Steuern zahlt Publibike als juristische Person in der Stadt Bern?
5. Wie viel öffentlicher Grund wird Publibike kostenlos zur Verfügung gestellt?
6. Wie stellt die Stadt Bern die Chancengleichheit weiterer (privater) Anbieter von Veloverleihsystemen sicher?
7. Hat es bereits eine Anfrage von Publibike an die Stadt Bern gegeben, dass die Stadt Bern Publibike mit zusätzlichen finanziellen und/oder organisatorischen Mitteln unterstützt und wenn ja, über welche Dauer?
8. Wie hoch schätzt der Gemeinderat das Risiko ein, dass eine solche zusätzliche Unterstützung gegen die Regeln der dem Vertrag zugrunde liegenden Ausschreibung verstossen würde und die Stadt Bern entsprechend juristisch belangt werden könnte?
9. Welche Konsequenzen hätte ein «Grounding» von Publibike für Velo Bern und welche Szenarien hat die Stadt Bern für diesen Fall bereit?

Begründung der Dringlichkeit

Im Juli 2019 hat Publibike kommuniziert, den Betrieb des Systems nicht ohne neue Partner sicherstellen zu können. Gemäss Insidern der Branche gilt es als Möglichkeit, dass Publibike noch im Verlauf des Jahres 2019 die Segel streckt und den Betrieb einstellen muss.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Oliver Berger, Tom Berger, Michael Daphinoff

Mitunterzeichnende: Claudine Esseiva, Milena Daphinoff, Lionel Gaudy